

Thesen über die Weiterführung des Rentenrechtskampfes der ISOR e.V. (Beratung vom 16.12.2025)

Teilnehmer: Gerald Böhm, Joachim Bonatz, Peter Eichler, Steffen Haupt, Anja Mewes, Hartwig Müller, Peter Ott, Dietmar Polster, Wolfgang Schmidt, Dr. Lothar Wellschmied,
entschuldigt: Dr. sc. Heinz Günther, Hans Schwart

Historischer Hintergrund und Gründungsidee

ISOR wurde Juni 1991 gegründet, um sicherzustellen, dass die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR überhaupt in soziale Sicherungssysteme kommen. Gegen die damals getroffenen juristischen Entscheidungen wurden über die Instanzen erfolgreich Massenklagen initiiert und geführt.

Rentenrechtlicher Kampf und juristische Grundlagen

Die durch ISOR seit 1999 initiierten Grundlagen für den rentenrechtlichen Kampf wurden vervollständigt, genutzt und wiederholt mit konkretisierten Argumenten bis zum BVerfG sowie zum EGH geführt. Im Ergebnis wurde deutlich, unsere sozialpolitischen und juristischen Argumente konnten nicht angegriffen werden. Sie haben Bestand und gehören zu unserem Handwerkzeug. Dieses zu kennen und in den Diskussionen zu nutzen, ist Selbstverständlichkeit.

Zu den zentralen Elementen zählen: sozialwissenschaftliches Gutachten, juristisches Gutachten, die Auswertung seitens Prof. Dr. Merten und eingereichte Petitionen. Die Jurisprudenz entledigte sich ihrer Verantwortung, Recht zu sprechen, immer aufs Neue, mit dem Hinweis, es steht dem Gesetzgeber zu, die juristischen Grundlagen zu ändern.

Wir sollten uns darauf weiter konzentrieren.

Daraus folgt unter Berücksichtigung der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation, dass eine juristische Weiterverfolgung der Beseitigung des Rentenunrechts keinen Erfolg erwarten lässt und der politische Kampf darauf auszurichten ist, durch Druck und Öffentlichkeit unser satzungsgemäßes Ziel, die Beseitigung des Rentenunrechts zu erreichen.

Rentenansprüche und soziale Gerechtigkeit

Der Diebstahl von auf eigenen Einzahlungen basierenden Rentenansprüchen nach den §§ 6 und 7 AAÜG sowie die Nichtgewährung der Ansprüche vieler weiterer Berufs- und Personengruppen in der DDR durch Vertreter des Kapitals in der Regierung und das kontinuierliche Festhalten daran, ist Ausdruck der Herrschaft des Kapitals und dessen arroganten Politik der Demütigung gegenüber den aus ihrer Sicht mit der Wendezeit Besiegten. Diese Politik wurde bewusst in Nachbarländer, wie Polen und Tschechien „exportiert“. Berufsverbote, Verbote kommunistischer Tätigkeit, Wiederbeleben faschistischer Tendenzen und Demokratieabbau begleiteten diese zunehmende innenpolitische Aggression.

Sozialabbau und politische Entwicklung

Die im Rahmen internationaler Verträge zugesicherte friedlicher Entwicklung Deutschlands wird im Interesse von Superprofiten im Rahmen der Rüstungsindustrie geopfert. Zur Finanzierung der Kriegstreiberei wurde die Umverteilung von unten nach oben in den letzten zwanzig Jahren verstärkt - das sichert steigende Profite. Die destruktiven Produkte der Rüstungsproduktion finden ihren Absatz in immer mehr und größeren Konflikten. Deutschland hat offiziell seinen Mantel einer friedlichen Entwicklung im Interesse der Profitmaximierung zu Lasten der eigenen Bürger abgeworfen und stellt sich an die Spitze der Befürworter von Hochrüstung und Krieg. Ziele sind die Kontrolle über die Staatshaushalte und die Bewusstseinsformung zu Gunsten eines weiteren Sozialabbaus im Interesse der Kriegsvorbereitung. Dazu gehören Pläne zur Reduzierung des Rentenniveaus, unbezahlbare Pflege, Leistungsminderung in der Gesundheitsvorsorge, Kostenexplosion bei Mieten, Mietnebenkosten, Abbau von Kinderbetreuung, subventionierten Sport- und Freizeitangeboten, insbesondere für Kinder und Jugendliche, Abbau im Rahmen der Breite der Bildung. Die Schaufensterwirkung der sozialen Leistungen in der DDR wird endgültig begraben. Deshalb sollten wir uns mit unseren Forderungen nach Rentengerechtigkeit in die geplante Rentenreform einbringen und diese auch gegenüber der neu geschaffenen Rentenkommission der Bundesregierung vorbringen.

Politische Unterstützung und Herausforderungen

ISOR erhielt und erhält in ihren Forderungen zur Beseitigung der Rentenstrafe Unterstützung durch linke Parteien. Besonders die Partei die Linke brachte über viele Jahre hinweg konsequent Gesetzesvorlagen in den Bundestag ein, die jedoch stets abgelehnt wurden. Für eine Gesetzesänderung ist der Druck mehrerer Parteien notwendig. Die Initiativen aus unseren TIG, Ländern und des ISOR-Vorstandes gegenüber den Parteien zeigen, dass vielen Jüngeren, auch Politikern die Sachlage unbekannt ist. Abgeordnete aller Parteien erfahren weder Druck aus ihrer Wählerschaft noch besteht in den Parteiführungen Interesse an gerechten Renten. Sofern Antworten auf Fragen zur Rentengerechtigkeit gegeben werden, schwingt zwar Empathie mit, doch ohne Wissen um die Rentenungerechtigkeiten und ohne breiten Druck aus der Bevölkerung ist eine Zustimmung zu Gesetzesvorlagen gegen Rentenunrecht und Sozialabbau unwahrscheinlich. Diese Problematik betrifft jede Position, die aktuell vom Sozialabbau betroffen ist.

Deshalb werden wir diese Aktivitäten differenziert, abgestimmt und koordiniert fortsetzen.

Das Zusammenwirken

der Zusatz- und Sondersorgten am Runden Tisch Rentengerechtigkeit e.V. (RTR) hat trotz des Abschlusses der Rentenüberleitung politisch wirksame Ergebnisse erzielt.

Der aktuelle Sozialabbau reicht viel weiter.

Nach Auflösung des RTR ergibt sich jetzt die Möglichkeit, alle vom Sozialabbau Betroffenen einzubeziehen und Druck zu erzeugen, nicht nur durch eine, sondern zahlreiche Gruppen, die koordiniert auftreten und Bündnisse für soziale Gerechtigkeit bilden. U.a. durch politischem Druck auf Abgeordnete.

Nur ein geeintes Vorgehen kann zu Regelungen führen, die auch gravierende Eingriffe ins Soziale – wie die Beseitigung des Rentenstrafrechtes – sicherstellen.

Daraus erwächst die Aufgabe, mit den Gruppen zusammenzuwirken und wo es sich anbietet sie in die Aktivitäten mit einzubeziehen.

Chancen für unser Begehren auf Gerechtigkeit bestehen im Zusammenhang mit grundsätzlichem politischen Aufwachen der Betroffenen und der Bevölkerung. Die politische Lage geht auf einen Kulminationspunkt zu. Sich darauf vorzubereiten, ist notwendig und Chance für unser Anliegen. Ein breites Anliegen ist den Willen einer Änderung im Bewusstsein der Menschen zum richtigen Zeitpunkt präsent zu haben. Zu diesem Zeitpunkt braucht es eine Verbindung von JUNG und ALT, von Zeitzeugen und Empörten. Wir können und werden das nicht führend in die Hand nehmen. U.a. sind wir weder eine Partei noch altersbedingt stark genug. Aber wir sind als Verbündete wertvoll. Darin sehe ich unsere Chancen und unsere Aufgabe.

Unsere Kontakte sowie die der Verbündeten zu den Parteien sind zu qualifizieren, um immer wieder unsere gemeinsamen Anliegen auf den Tisch zulegen. Darin sehe ich die Vorbereitung auf den Punkt, an dem die Gesetzgeber erkennen, es stehen dringend gesetzliche Änderungen an.

Teile und herrsche, Delegitimation der DDR sowie von allem, was der aktuellen politischen Agenda stört, Meinungseinschränkungen, Demokratieeinschränkungen, Klagen, Kommunikationsbehinderungen, De-Banking nehmen zu. Auch hier haben wir als Zeitzeugen Erfahrungen sammeln müssen und können diese teilen. Unsere Reaktion darauf muss sein, dass diese Verschärfungen der politischen Auseinandersetzung uns nicht von dem Vorbringen unserer politischen Forderungen im Kampf gegen das Rentenunrecht abbringen.

Zusammenfassend – wir Mitglieder von ISOR konzentrieren uns weiter auf unseren politischen Kampf gegen Rentenstrafe, gegen Rentenungerechtigkeiten und Sozialabbau. Wir nutzen die uns bietenden Möglichkeiten, um gemeinsam mit den anderen Betroffenen und im Zusammenwirken mit Parteien und Organisationen mit gleicher politischer Ausrichtung die Gesamtheit des Sozialabbaus offenzulegen, entgegenzuwirken und zu bekämpfen. Wir kennen den Zusammenhang zwischen Maximalprofit, Hochrüstung, Kriegstüchtigkeit und Sozialabbau sowie wirtschaftlichen Niedergang und kämpfen dagegen an. Weil jede soziale Leistung nur im Frieden und nicht unter Kriegsbedingungen Bestand hat und Sinn macht, sehen wir uns auch als Bestandteil der Friedensbewegung.

Joachim Bonatz, Vors.